

Beschluss Investitionen in Bildung sind unser Wachstum von morgen

Gremium: Landesdeligiertenkonferenz

Beschlussdatum: 25.05.2025

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

1 Bildungssystem in der Rezession

Millionen Pädagog*innen und Lehrkräfte in Deutschland gestalten mit viel Engagement den Kita- und Schulalltag von Kleinkindern, I-Dötzchen, Siebtklässler*innen und angehenden Abiturient*innen. Sie investieren Zeit, Energie und Herzblut, um Lernumgebungen zu schaffen, in denen Neugier, Kreativität und Selbstvertrauen wachsen können, denn Erzieher*innen, pädagogische Ergänzungskräfte, Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen und andere in Kita, Schule und Jugendhilfe Beschäftigte wissen um das Potenzial der Kinder und Jugendlichen. Zum Glück entscheiden sich derzeit immer mehr Menschen dazu, in Bildungsberufen tätig zu werden. In Kindern und Jugendlichen steckt enormes Potenzial – sei es in ihrer Denkweise, ihrem sozialen Gespür oder ihrer Fähigkeit, neue Wege zu gehen! Wenn wir dies erkennen und fördern, entstehen starke Perspektiven für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Deswegen ist es gut, dass wir GRÜNEN uns insbesondere auf Landesebene in schwierigen Zeiten für eine Stärkung von Bildungseinrichtungen einsetzen.

Aber es gibt ein Problem: Das deutsche Bildungssystem ist überarbeitungsbedürftig. Die Zahl der Kita-Plätze deckt den vorhandenen Bedarf nicht annähernd. Es fehlt an pädagogischem Personal und Lehrkräften; Kitas und Schulen platzen aus allen Nähten, Zeit für die Entwicklung sozialer Kompetenzen bleibt kaum noch; bei der Digitalisierung stehen wir weit hinter den Möglichkeiten zurück und die Schulgebäude sind zum Großteil massiv abgewirtschaftet. Die Zahl der Schüler*innen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, steigt 2022 auf rund 7 Prozent. Gerade Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch schwachen Familien sind davon betroffen.

Seit 10 Jahren befindet sich Deutschland bei Kompetenzmessungen wie der PISA-Studie im Abwärtstrend. In Zeiten, in denen Handwerksbetriebe und soziale Einrichtungen nicht mehr genügend Auszubildende finden und Ingenieur*innen und IT-Spezialist*innen händeringend gesucht werden, schafft es das deutsche Bildungssystem nicht, Kinder und Jugendliche auf das Leben und die Arbeit vorzubereiten. Und das in einem Land, dessen wichtigste Ressource Bildung ist. Dabei ist Schule nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern auch ein zentraler Raum für gelebte Demokratie. Hier lernen Kinder und Jugendliche, sich eine eigene Meinung zu bilden, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und respektvoll miteinander umzugehen – Grundlagen für eine demokratische und solidarische Gesellschaft.

Kurzum: Es braucht eine radikale Weiterentwicklung des Bildungssystems. Es braucht ein Deutschland an der Spitze herausragender Bildung – auch um wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben und unsere Demokratie zu stärken.

39 Rückstände aufholen

40 Die vielschichtigen Probleme sind nicht gestern entstanden und wir werden sie
41 nicht morgen sofort beheben. Für einige Herausforderungen müssen erst Lösungen
42 entwickelt werden, für andere liegen schon Lösungsansätze vor. Eines ist aber
43 jetzt schon klar: Für viele notwendige Entwicklungen brauchen wir viel mehr
44 Geld.

45 Bund, Länder und Kommunen haben 2024 insgesamt 192 Milliarden Euro für Bildung
46 ausgegeben. Das entspricht 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Darunter
47 fallen die Ausgaben für frühkindliche Bildung genauso wie die für (Berufs-
48)Schulen, Hochschulen und die der Jugend(verbands)arbeit.

49 Der Thinktank Dezernat Zukunft hat für die Bundestagswahl berechnet, dass wir in
50 den nächsten Jahren zusätzliche Bildungsinvestitionen in Höhe von circa 127
51 Milliarden Euro benötigen – allein um derzeitige Standards zu erfüllen und nur
52 die Grundfinanzierung sicherzustellen. Dieses Geld wäre allein dafür nötig, die
53 bestehende Infrastruktur zu sanieren, neue Gebäude für den steigenden Bedarf an
54 Kita- bzw. Ganztagschulplätzen zu bauen und den derzeitigen Lehrkraft-Schüler-
55 Schlüssel beizubehalten. Es handelt sich dabei ausdrücklich um eine konservative
56 Schätzung. Die Weiterentwicklung von Kita- und Schulgebäuden zu modernen Lern-
57 und Erfahrungsorten, in denen sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen, ist da
58 noch gar nicht eingepreist, ebenso wenig wie die Kosten für zusätzliches
59 Personal, das nötig wäre, um eine angemessene pädagogische Arbeit zu leisten.

60 Bildung zukunftsfähig machen

61 Bei den 127 Milliarden handelt es sich also um einen Mindestbetrag der
62 zusätzlichen Investitionen in unser Bildungssystem, um auf dem bisherigen Niveau
63 weiterzumachen. Aber für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, für die
64 Zukunft Deutschlands als Bildungsnation wird es nicht ausreichen, nur die
65 bisherigen Standards zu halten. Vielmehr müssen wir gezielt mehr Geld in die
66 Hand nehmen, um Kita- und Schulgebäude zu modernen Lern- und Lebensorten zu
67 machen, in denen sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen und frei entfalten
68 können. Vor allem aber müssen wir mehr Geld in die Hand nehmen, um
69 Bildungsinstitutionen zu attraktiven und zukunftsfesten Arbeitgeberinnen zu
70 machen. Kinder verbringen heute wesentlich mehr wache Zeit in
71 Bildungseinrichtungen als früher, im Durchschnitt sogar mehr als zuhause. Ab
72 August 2026 haben Grundschulkinder einen Rechtsanspruch auf einen Platz in der
73 Offenen Ganztagschule, wodurch davon auszugehen ist, dass die Zahl der Kinder
74 in den Betreuungsangeboten im Nachmittagsbereich steigen wird. Auch
75 weiterführende Schulen entwickeln sich immer weiter zu Ganztagschulen. Damit
76 steigen auch die Erwartungen an das pädagogische Personal und an die Lehrkräfte
77 hinsichtlich der Unterstützung bei der sozialen und emotionalen Entwicklung der
78 Kinder. Wir leben in einer Zeit, die für viele Kinder und Jugendliche
79 krisenbehaftet ist. Diesen Umstand müssen wir ernstnehmen und begegnen. Gerade
80 deshalb ist Demokratiebildung als Ziel von Schule und Kita essentiell und muss
81 mitgedacht werden. Demokratiebildung ist kein Projekt, sondern die Basis für ein
82 solidarisches Miteinander. Wir brauchen starke und resiliente Kinder und
83 Jugendliche für unsere Zukunft. Und deshalb müssen viel mehr personelle

84 Ressourcen geschaffen werden, um junge Menschen da abzuholen und zu begleiten,
85 wo sie Unterstützung brauchen.

86 Wenn wir bedenken, dass in den ersten 6 Lebensjahren der Grundstein für die
87 Entwicklung und Bildung von Menschen gelegt wird, sollten wir ein Interesse
88 daran haben, dass die fähigsten Pädagog*innen in Kitas arbeiten. Um kompetente
89 Pädagog*innen im System zu halten und dafür zu gewinnen, müssen wir das
90 Berufsfeld der frühkindlichen Bildung finanziell so attraktiv wie möglich
91 gestalten und massiv in Aus- und Weiterbildung investieren. Nur in materiell und
92 personell gut ausgestatteten Bildungsinstitutionen können Kinder und Jugendliche
93 Zukunftskompetenzen entwickeln. Wir wollen junge Menschen in ihrer
94 Konfliktfähigkeit, bei der Verantwortungsübernahme und in ihrem
95 Reflexionsvermögen stärken, damit sie fit für die Zukunft sind.

96 Um Bildungsgerechtigkeit herzustellen und Integration und Inklusion zu leben,
97 brauchen wir eine verlässliche Finanzierung von Inklusion an Schulen und
98 multiprofessionelle Teams in unseren Bildungseinrichtungen. Es braucht
99 Erwachsene, die sich Zeit nehmen können für Kinder und Jugendliche und ihnen
100 damit zeigen, dass sie ein ernsthaftes Interesse an deren persönlicher
101 Entwicklung haben. In sozioökonomisch herausfordernden Lagen ist der
102 Unterstützungsbedarf in der Regel höher als an Schulen und Kitas in weniger
103 herausfordernden Lagen. Deswegen brauchen wir besonders dort zusätzliche
104 Personalressourcen.

105 Darüber hinaus braucht gute Bildung und gelingendes Aufwachsen eine starke
106 soziale Infrastruktur. Wir sind überzeugt, dass neben Kitas und Schulen auch der
107 Jugendhilfe und ihren unterschiedlichen Angeboten eine zentrale Rolle bei einer
108 ganzheitlichen Entwicklung junger Menschen zukommt. Kinder- und Jugendarbeit ist
109 kein Plus in guten Zeiten, sondern ein wichtiger Baustein für mehr Teilhabe,
110 Chancengerechtigkeit und Demokratiebildung. Deshalb darf hier auch nicht der
111 Rotstift angesetzt werden, wenn es um eine generationengerechte Politik geht.
112 Einrichtungen der Jugendhilfe sind Lebens-, Lern- und Entwicklungsräume.

113 Kinder und Jugendliche müssen Einfluss nehmen können auf das, was in Kita und
114 Schule passiert. Sie haben ein Recht auf Mitbestimmung und Partizipation in
115 Schulen und Kitas. Statt permanentem Notendruck brauchen sie Freiräume. Der
116 klassische Unterricht muss weiterentwickelt werden, sodass Schüler*innen
117 motiviert lernen und Kompetenzen erlangen, die ihnen im Leben und Beruf wirklich
118 weiterhelfen.

119 Außerdem müssen wir Schulen endlich als das begreifen, was sie auch sind:
120 mittelständische Unternehmen mit Gemeinwohlauftrag. An Gesamtschulen in NRW ist
121 eine Personalzahl von mehr als 100 Mitarbeitenden nicht unüblich. Ein
122 Unternehmen dieser Größe, das von seinen Mitarbeitenden erwartet, ihren eigenen
123 Laptop und eigenes Material mitzubringen, wäre in der freien Wirtschaft
124 undenkbar. Wir brauchen Arbeits- und Arbeitsplatzstrukturen in Schulen, die
125 unserer Zeit und dem Arbeitsaufwand angemessen sind. Dazu gehören insbesondere
126 die Einstellung von Fachkräften, die sich um die bürokratischen Aufgaben in IT
127 und Verwaltung kümmern, die in den letzten Jahren dazugekommen sind, sowie die
128 Stärkung der Rolle der Schulleitung.

129 Wachstum durch Bildung

130 Gute Bildung für alle ist ein Wert an sich. Der positive Nebeneffekt ist: Gute
131 Bildung ist eine profitable Investition in unsere Wirtschaft von morgen. Wenn
132 der Staat heute Geld in die Hand nimmt, um Kita- und Ganztagschulplätze
133 auszubauen, dann können schon in ein paar Jahren mehr Eltern erwerbstätig
134 arbeiten, sodass Unternehmen mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Es ist
135 bewiesen, dass gerade Frauen weiterhin die größte Care-Arbeit übernehmen und in
136 Teilzeitstellen arbeiten.

137 Langfristig führen Investitionen in gute Bildung zu mehr und besseren
138 Schulabschlüssen. Wer einen höheren Schulabschluss hat, verdient später mehr
139 Geld und zahlt mehr Steuern. Gleichzeitig sinken die staatlichen
140 Transferleistungen, weil durch Bildung nachweislich die Zahl der
141 Langzeitarbeitslosen zurückgeht.

142 Investitionen in gute Bildung zahlen sich also langfristig aus. Darüber sind
143 sich auch Wirtschaftswissenschaftler*innen einig, die die finanziellen
144 Auswirkungen von Investitionen in Bildung untersuchen :

- 145 • Bei ausgiebigen Investitionen in Kitas und Schulen kann das
146 Bruttoinlandsprodukt um 1,1 Prozent steigen.
- 147 • Ein „Weiter so“ im Bildungssystem könnte uns hingegen über viele Jahre
148 hinweg bis zu 14 Billionen Euro kosten. Denn internationale Daten zeigen,
149 dass Unterschiede in den Bildungsleistungen über $\frac{3}{4}$ des langfristigen
150 Wirtschaftswachstums erklären.
- 151 • Beim Platzausbau in der frühkindlichen Bildung gilt: Für jeden Euro, den
152 der Staat für frühkindliche Bildung ausgibt, nimmt er zwei Euro ein.
- 153 • Untersuchungen der finanziellen Auswirkungen eines Investitionsprogramms
154 in Kitas und Ganztagschulen legen nahe, dass Investitionen in diesen
155 Bereichen eine Rendite für die Staatskasse von mehr als 10 Prozent
156 abwerfen. Das ist ähnlich profitabel wie Investitionen an der Börse.
- 157 • Würde man das Startchancenprogramm auf 40 Prozent aller Schulen in
158 Deutschland ausweiten, dann würde das Programm nach Abzug der Kosten ein
159 Plus von 102,4 Milliarden Euro für die Staatskasse bedeuten. Die
160 entstehenden Kosten sind dabei schon abgezogen worden.

161 Ein Großteil der zu tätigen Ausgaben sind Personalkosten. Den Berechnungen
162 liegt die ökonomische Annahme zugrunde, dass es sich auch bei den Personalkosten
163 um Investitionen handelt, da sie das Humankapital der kommenden Generationen und
164 so auch das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft stärken.

165 Die Zeche zahlen

166 Mit der im März beschlossenen veränderten Schuldenbremsenregelung haben CDU, SPD
167 und GRÜNE im Bund nun einerseits die Möglichkeit geschaffen, Investitionen in
168 die Infrastruktur zu tätigen und durch die Lockerung der Schuldenbremse
169 zugunsten von Verteidigungsausgaben mehr Spielraum im Bundeshaushalt geschaffen.

170 Dank grünem Verhandlungsgeschick müssen die 500 Milliarden Euro Infrastruktur-
171 Sondervermögen für zusätzliche Investitionen getätigt werden. Andererseits soll
172 lediglich ein Fünftel der 500 Milliarden Euro Investitionsmittel an die Länder
173 und Kommunen gehen, obwohl der Hauptteil staatlicher Infrastrukturinvestitionen
174 von Ländern und Kommunen getätigt wird. Es besteht die Gefahr, dass die kürzlich
175 beschlossenen Änderungen der Schuldenregelungen unserem Bildungssystem nur in
176 sehr geringem Maße zugutekommen.

177 Zwar ist die Finanzierung von Schulen und Kitas originäre Aufgabe der Länder und
178 Kommunen, allerdings hängen deren finanzielle Spielräume maßgeblich vom Bund ab.
179 Die Kommunen haben vielerorts seit mehreren Jahrzehnten nicht genügend Geld, um
180 ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge gerecht zu werden. Und die Länder können sich
181 dieser Tage – einfach gesagt – nur entscheiden, ob sie bei Schule, Polizei oder
182 Verkehr den Rotstift ansetzen. Sie haben keinen größeren Einfluss auf ihre
183 Einnahmen, sondern hängen maßgeblich von der Steuer- und Finanzpolitik des
184 Bundes ab.

185 Hinzu kommt, dass vor allem der Bund von Investitionen in Bildung profitieren
186 wird, da die zusätzlichen Steuermehreinnahmen vor allem überproportional beim
187 Bund ankommen.

188 **Bund in die Pflicht nehmen**

189 Deswegen ist nun der Bund gefragt: Die Bundesregierung muss zusammen mit den
190 Ländern und Kommunen die Finanzierung der Bildung in Deutschland neu aufstellen
191 und die Länder und Kommunen finanziell in die Lage versetzen, ihren Aufgaben
192 gerecht zu werden. Dazu brauchen Länder und Kommunen in ihren Haushalten
193 dauerhaft mehr Finanzmittel für Bildungsausgaben. Die Stellschrauben dazu liegen
194 beim Bund. Nur so ist es möglich, Bildung in Deutschland nicht nur auf dem
195 bisherigen Stand zu halten, sondern auf ein Niveau zu heben, das es langfristig
196 braucht, um im internationalen Vergleich mithalten und im besten Falle
197 voranschreiten zu können.

198 Mit dem Startchancenprogramm und dem Digitalpakt 2.0 werden nun von Bund und
199 Ländern zusammen zwei wichtige grüne Vorhaben umgesetzt, um Bildungsteilhabe und
200 Digitalisierung in den Schulen zu fördern. Und auch die Weiterführung des Kita-
201 Qualitätsgesetzes ist in der aktuellen Haushaltslage ein grüner Erfolg innerhalb
202 der Ampel-Regierung gewesen. Gemessen am Bedarf und der Haushaltslage der Länder
203 und Kommunen kann das jedoch nur der Anfang sein. Wenn der Bund die Zukunft der
204 Bildung ernst nimmt, muss er ein Vielfaches von dem bisherigen Finanzvolumen in
205 Kita, Schule und Jugendhilfe stecken und die Mittel dauerhaft absichern.

206 Ohne mehr Geld wird die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems zu einer
207 unlösbaren Aufgabe. Es braucht ein klares Commitment von Politik und
208 Gesellschaft, zukünftig mehr Geld für Bildung in die Hand zu nehmen. Wir müssen
209 unser Bildungssystem zukunftsfähig machen, um Deutschland zukunftsfähig zu
210 machen.

211 Bildungsfinanzierung neu aufstellen

212 Länder und Kommunen sollen auch weiterhin verantwortlich für Bildung sein.
213 Gleichzeitig müssen sie finanziell in die Lage versetzt werden, diese Aufgabe zu
214 bewältigen. Dazu muss der Bund dauerhaft in die Bildungsfinanzierung einsteigen.

215 Bei der durch den Bund anzustößenden Neuaufstellung der Bildungsfinanzierung
216 sollten folgende Bausteine berücksichtigt werden:

- 217 • Mehr Geld für Bildung: Der Bund muss langfristig in die Finanzierung der
218 Bildung in Kita und Schule einsteigen, für Infrastruktur und Personal.
219 Neben den 127 Milliarden Euro, die zur Instandhaltung des Bildungssystems
220 notwendig sind, muss dauerhaft wesentlich mehr öffentliches Geld für
221 Bildung in die Hand genommen werden.
- 222 • Sondervermögen nutzen: Mit den Änderungen der Schuldenbremse erhält die
223 zukünftige Regierungskoalition im Bund haushälterische Spielräume, von
224 denen die Ampel nur träumen durfte. Neben den Investitionen in Klimaschutz
225 und die Bahn sollte Schwarz-Rot das Sondervermögen unter anderem für die
226 Bundesbeteiligung an Bildungskosten nutzen – zusätzlich zu den 100
227 Milliarden Euro, die die Länder und Kommunen bekommen.
- 228 • Grundgesetz ändern: Artikel 104c des Grundgesetzes sieht bereits vor, dass
229 der Bund befristet Investitionen in Bildung finanzieren darf. Das
230 Grundgesetz muss endlich dahingehend geändert werden, dass der Bund den
231 Ländern auch dauerhafte Finanzhilfen zur Sicherstellung der
232 Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens zur
233 Verfügung stellen darf.
- 234 • Länder und Kommunen einen größeren Teil des Steuerkuchens bereitstellen:
235 Die Hauptverantwortung für Bildung liegt auch in Zukunft bei Ländern und
236 Kommunen. Da die Aufgaben im Zusammenhang mit Bildung jedoch steigen,
237 müssen die Anteile der Kommunen und der Länder an Gemeinschaftsteuern
238 (Umsatzsteuer, Einkommensteuer usw.) erhöht werden.
- 239 • Altschulden übernehmen: Dank grünem Einsatz kommt in Nordrhein-Westfalen
240 nun die Altschuldenlösung für Kommunen. Das Land übernimmt einen Teil der
241 Schulden von besonders verschuldeten Kommunen. In der derzeitigen
242 Haushaltslage des Landes ist das ein großer Erfolg. Nun muss der Bund, wie
243 versprochen, seinen Teil der Verantwortung tragen und ebenfalls
244 Altschulden der Kommunen übernehmen.
- 245 • Update der Schuldenbremse: Investitionen in Bildung sind rentabel. Sie
246 führen zu mehr und besserer Beschäftigung und generieren so auch höhere
247 Steuereinnahmen. Daher kann ein Teil der Investitionen auch aus Krediten
248 finanziert werden.
- 249 • Milliardärssteuer einführen: Wenn die staatlichen Leistungen steigen, z.
250 B. durch Rechtsansprüche, kann die Erhöhung von Steuereinnahmen legitim
251 sein. Durch eine derzeit sehr geringe Besteuerung der Vermögen von
252 Superreichen, wie im Bundestagswahlkampf von den GRÜNEN gefordert, könnten

253 mehr Steuereinnahmen generiert werden, die wiederum zur Finanzierung der
254 Bildung genutzt werden könnten.

- 255 • Dauerhafte Planbarkeit: Mit befristeten Finanzmitteln lassen sich nur
256 schwer attraktive Vertragsbedingungen für dringend notwendige Fachkräfte
257 gestalten. Einmalige Anschaffungen von iPads sind zwar gut, allerdings
258 müssen die Geräte gewartet, repariert und nach einiger Zeit auch ersetzt
259 werden. Der Bund muss Ländern und Kommunen dauerhaft bei derartigen Kosten
260 unter die Arme greifen.
- 261 • Sozialindex statt Gießkanne: Finanzielle Bedarfe bestehen bei nahezu allen
262 Kitas und Schulen. Von einer Neuaufstellung der Bildungsfinanzierung
263 sollten alle Kita-Kinder und Schüler*innen in Deutschland profitieren. An
264 einigen Standorten sind die Bedarfe, die Kinder und ihre Familien mit ins
265 System bringen, jedoch größer als an anderen. Deswegen ist es notwendig,
266 die Mittel nach sozioökonomischen Kriterien auf die Länder sowie innerhalb
267 der Länder auf die Kommunen bzw. Bildungseinrichtungen zu verteilen, so
268 wie dies beispielsweise bei den Startchancen-Mitteln in Säule I bereits
269 der Fall ist. Diese werden nach sozioökonomischen Kriterien auf die Länder
270 verteilt und innerhalb von NRW gemäß Schulsozialindex. Eine derartige
271 Verteilung berücksichtigt, dass in Ländern wie Nordrhein-Westfalen
272 beispielsweise mehr Kinder in Armut aufwachsen als in anderen Ländern.
273 Auch für die frühkindliche Bildung braucht es einen Sozialindex, damit die
274 Kitas, in denen viele Familien belastet sind, über mehr finanzielle
275 Ressourcen verfügen und dadurch mehr pädagogische Mitarbeiter*innen
276 einstellen können.
- 277 • Nicht noch ein Förderprogramm: Zwar könnte der Bund auch Förderprogramme
278 für Länder und Kommunen in nie dagewesenem Ausmaß auflegen, um Gebäude und
279 Personal zu finanzieren. Allerdings verursachen Förderprogramme einen
280 enormen bürokratischen Aufwand bei allen Beteiligten. Außerdem werden
281 Förderprogramme in der Regel mit Co-Finanzierungsvorgaben verknüpft, was
282 im Extremfall dazu führen könnte, dass Fördermittel mangels Co-
283 Finanzierungsmöglichkeiten nicht abgerufen werden. Der Bund muss eine
284 langfristige und verlässliche Finanzierung an die Länder sicherstellen.
285 Bürokratische Förderprogramme helfen hier nicht weiter.

286 Gründe für gute Bildung gibt es genug, und mit einer starken und durchdachten
287 Finanzierung investieren wir nicht nur in Kinder und Jugendliche, sondern in
288 unsere Gesellschaft als Ganzes. Wir investieren in Bildung, Wachstum und unsere
289 Demokratie. Nur durch eine Bildung, die Kinder und Jugendliche in ihren
290 Kompetenzen zur aktiven und reflektierten Mitgestaltung stärkt, stärken wir
291 langfristig auch die Grundpfeiler der Demokratie.